

Grünes Licht für „Uhlenbusch“

Gemeindevertretung Bosau schiebt auch Breitbandversorgung an.

Bosau – Vor dem Einstieg in die Tagesordnung wurde es feierlich auf der Sitzung der Bosauer Gemeindevertretung am Mittwochabend in Hutzfeld: Mit Klaus-Peter Kühl und Jürgen Behnke wurden zwei langjährige Ehrenamtler mit Dank und Anerkennung verabschiedet. Kühl wurde nach zwölf Jahren als Gemeindeführer zum Ehrengemeindeführer ernannt, und für seine neunjährige Arbeit als Leiter der Volkshochschule wurde Behnke von Bürgervorsteher Alfred Jeske gewürdigt.

Im weiteren Verlauf ging es dann unter anderem um den Satzungsbeschluss zum „Uhlenbusch“. Bürgermeister Mario Schmidt (parteilos) verbargte seine Sympathie für das Wohnprojekt nicht: „Es gibt schon jetzt 50 Interessenten. Das bringt auch einen positiven Effekt für uns als Tourismusstandort.“ Die SPD-Fraktionsvorsitzende Birgit Steingraber-Klinke lobte das geplante alternative Seniorendorf als „innovatives Projekt“ und Frank-Michael Sobieski von den Grünen verwies auf viele Zugeständnisse, die im Planungsprozess von den Initiatoren gemacht worden seien. Entsprechend wurde der Beschluss einstimmig gefällt. Auch für den Beitritt



Nach jahrelanger engagierter ehrenamtlicher Tätigkeit wurden Jürgen Behnke (2. v. l.) und Klaus-Peter Kühl (2. v. r.) von Bürgervorsteher Alfred Jeske (l.) und Bürgermeister Mario Schmidt verabschiedet. Foto: Jabs

der Gemeinde zum kommunalen Zweckverband für die Breitbandversorgung gab es ein ungeteilt zustimmendes Votum. Diskussionsbedarf zu diesem und anderen ansonsten unstrittigen Punkten meldete lediglich Matthias Botzet (Grüne) an, der damit darauf hinwirken wollte, dass unterschiedliche Standpunkte auch nachvollziehbar dargestellt würden, wie er erklärte. Eine Haltung, die nur sehr beschränkt auf Verständnis stieß.

Zur aktuellen Haushaltssituation seiner Gemeinde hatte Bürgermeister Schmidt eine Übersicht er-

arbeiten lassen. Danach liegt die Summe der über- und außerplanmäßigen Ausgaben bei rund 235 000 Euro. In erster Linie resultiert dies aus der Nachberechnung von Schulkostenbeiträgen, Ersatzbeschaffungen für die Feuerwehr und den Anstieg von veranschlagten 30 000 Euro auf tatsächlich benötigte 160 000 Euro für die Unterbringung von Flüchtlingen. Diese Mehrausgaben sind zum großen Teil durch Minderausgaben und Mehreinnahmen gedeckt, so dass ein Fehlbetrag von 40 000 Euro zu Buche steht.